

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Richtungswechsel!

Es ist unbestritten, dass das Gesundheitswesen eine grundlegende Reform braucht. Nachdem das Volk der SP-Initiative eine Abfuhr erteilt hat, liegt der Ball bei der SVP mit ihrer Prämiensenkungsinitiative. Die SVP zeigt den Weg hin zu mehr Transparenz, weniger Luxus in der obligatorischen Versicherung, einer Abschaffung der Monopole und sinkenden Krankenkassenprämien.



Unterschreiben Sie jetzt!

Unterschriftenbogen der SVP-Prämiensenkungsinitiative

Seiten 2, 3

Parteifest in Holziken

Am 23. August steigt in Holziken (AG) das grosse SVP-Wahlkampfes

Seite 4

Parlament im Wahlfieber

Die Sommersession von National- und Ständerat ist von den kommenden Wahlen geprägt

Seite 9

Nutzen Sie die Gelegenheit und unterschreiben Sie jetzt!

Eidgenössische Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 117a Krankenversicherung (neu)**

¹Die Krankenversicherung beruht auf:

- der Grundversicherung nach Sozialversicherungsrecht, welche die Kosten für medizinische und pflegerische Leistungen trägt, die der Schmerzlinderung, Heilung und Reintegration dienen, zweckmässig und wirtschaftlich sind, und deren Wirksamkeit von der Wissenschaft anerkannt ist;
- der Zusatzversicherung nach Privatversicherungsrecht.

²Grundversicherer und Leistungserbringer schliessen Leistungsverträge ab, die den Bedürfnissen der Versicherten entsprechen.

³Grundversicherer dürfen nicht an Leistungserbringern und Leistungserbringer nicht an Grundversicherern beteiligt sein.

⁴Die Grundversicherung wird finanziert durch Beiträge des Bundes und der Kantone von zusammen höchstens 50% sowie durch Beiträge der Versicherten.

⁵Bund und Kantone leisten ihre Beiträge an die Grundversicherer.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert: **Art. 197 Ziff. 2 (neu)**

2. Übergangsbestimmungen zu Art. 117a Krankenversicherung

Die Bestimmungen des neuen Art. 117a treten 3 Jahre nach ihrer Annahme durch Volk und Stände in Kraft. Der Bundesrat erlässt die nötigen Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungswege, bis sie durch die Gesetzgebung abgelöst werden. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Art. 117a können die Versicherten bei ihrem Grundversicherer die Differenz zum bisherigen Leistungsumfang im Rahmen der Zusatzversicherung ohne Vorbehalte versichern.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: Postleitzahl: Politische Gemeinde:

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburtsdatum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					

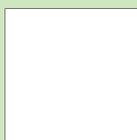
Ablauf der Sammelfrist: 28.07.2004

Im Bundesblatt veröffentlicht am 28.01.2003

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort:

Amtsstempel



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Datum:

amtliche Eigenschaft:

eigenhändige Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Toni Bortoluzzi, Präsident, Nationalrat, Betpurstr. 6, 8910 Affoltern a. Albis; **Caspar Baader**, Nationalrat, Fraktionspräsident, Baumgärtliring 52, 4460 Gelterkinden; **Eric Bonjour**, Grossrat, Culturaz 22, 1095 Lutry; **Roland Borer**, Nationalrat, Stockackerstr. 17, 4703 Kestenholz; **Toni Brunner**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel; **Michaël Buffat**, Präsident Junge SVP Waadt, Rte d'Echallens, 1418 Vuarrens; **Herbert Brüttsch**, lic. iur., Fuchshalde 1, 8305 Dietlikon; **Martin Chevallaz**, Grossrat, Vuilletaz 113, 1066 Epalinges; **Gilberte Demont**, Sekretärin SVP Waadt, Ch. de Penguey 4, 1162 St-Prex; **Jean Henri Dunant**, PD Dr. med., Nationalrat, Luftmattstr. 12, 4052 Basel; **Roland Eberle**, dipl. Ing. agr. ETH, Regierungsrat, Gesundheitsdirektor, Haustr. 17, 8570 Weinfelden; **Jean Fattebert**, Nationalrat, 1682 Villars-Bramard; **Silvia Flückiger**, Grossrätin, Badweg 4, 5040 Schöftland; **Walter Häcki**, Dr. med., Grossrat, Geissmatthalde 6, 6004 Luzern; **Hansjörg Hassler**, Nationalrat, Cultira, 7433 Donath; **Philipp Isenburg**, Dr. med. dent., Via Ronchetto 15, 6814 Cadempino; **This Jenny**, Ständerat, Oberdorfstr. 45, 8750 Glarus; **Ilse Kaufmann**, Stadträtin, Hochfelderstr. 49, 8180 Bülach; **Ueli Maurer**, Nationalrat, Parteipräsident SVP, Rebacher 12, 8340 Hinwil; **Eros Mellini**, Sekretär SVP Tessin, Via Muggina, 6962 Viganello; **Ursula Moor**, Kantonsrätin, Hochfelderstr. 2, 8181 Höri; **Franziska Schlupe**, Apothekerin, Südstr. 3, 4950 Huttwil; **Jürg Stahl**, Nationalrat, Zürcherstr. 125, 8406 Winterthur; **Theres Weber-Gachnang**, Kantonsrätin, Krankenschwester, Holländer-Bergli, 8707 Uetikon a. S.; **Bruno Zuppiger**, Nationalrat, Rebaldenstr. 10, 8340 Hinwil.

Weitere Unterschriftenbogen können kostenlos bestellt werden bei:

Komitee für tiefere Krankenkassenprämien - Postfach - 3000 Bern 26 - Für Spenden benutzen Sie bitte das PC-Konto 30-209744-4

**Initiative unterschreiben, diese ganze Seite abtrennen und einsenden an:
Prämiensenkungsinitiative - Postfach 362 - 3052 Zollikofen**

Jetzt erst recht!

Der 18. Mai 2003 wird als Waterloo in die Geschichte der SP-Gesundheitspolitik eingehen. Mit rund 73 Prozent Nein-Stimmen versenkte der Souverän die linke Gesundheitsinitiative buchstäblich.

Besonders schmerzhaft musste für die selbsternannten Gesundheitsexperten sein, dass sie diese Schlappe in einem Bereich einfahren mussten, der eigentlich zu den Kernthemen sozialdemokratischer Politik gehört. Für die SVP ist dieses Resultat eine grosse Motivation, die Unterschriftensammlung zur Prämiensenkungsinitiative mit viel Elan weiterzuführen!

Am deutlichsten fiel des Nein in den Kantonen mit niedrigen Krankenversicherungsprämien aus. Das Spitzenresultat verzeichnete mit 87,1 Prozent Nidwalden vor Appenzell Innerrhoden mit 87,0 Prozent. Auch die Krankenkassenprämien-Spitzenreiter Genf, Basel-Stadt und Waadt meldeten zwischen 62,0 und 64,5 Prozent Nein-Anteil! Der Gesundheitsinitiative erging es kaum besser als ähnlichen Volksbegehren der Linken in den Jahren 1974 und 1994. Damals schon hatten alle Stände und rund drei Viertel der Stimmenden gegen einkommensabhängige Krankenkassenprämien votiert.

Uneinsichtige SP

Wer nun aber gemeint hat, die SP-Nationalräte Franco Cavalli und Jost Gross würden - zumindest für eine kurze Zeit - ihre Systemveränderungsversuche Richtung Staatsmedizin einstellen, sieht sich getäuscht. Schon am Tag danach, in einer Sitzung der nationalrätlichen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit, wurden im Rahmen der Revision des Krankenversicherungsgesetzes erneut ähnlich lautende Anträ-

ge platziert. Dieses Verhalten zeugt nicht nur von Überheblichkeit und einer massiven Missachtung des Willens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Es passt ebenfalls nahtlos zu den ersten Stellungnahmen von SP-Vertretern am Abstimmungsabend. Ohne Rücksicht auf Verluste wurde eine nächste



► Den stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen wehrlos ausgeliefert...

Initiative angekündigt, die - von einigen Retuschen abgesehen - nochmals das gleiche verlangt. Wenn Kinder sich so verhalten, nennt man sie Trotzköpfe!

Wie weiter im Schweizer Gesundheitswesen?

Nach dem Scheitern der „roten“ Gesundheitsinitiative bleibt die laufende Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) die einzige Sofortmassnahme, mit welcher das Parlament wenigstens die hauptsächlichen Mängel im schweizerischen Gesundheitswesen beheben will. Der Bundesrat und ein

Teil der bürgerlichen Parlamentsmehrheit sehen in dieser Vorlage einen indirekten Gegenvorschlag zum Volksbegehren der SP. Zaghafte wird versucht, den Vertragszwang im ambulanten Bereich zwischen medizinischen Leistungserbringern (Ärzte, Apotheker, Chiropraktoren, Therapeuten etc.) und Krankenversicherern zu lockern. Dort, wo eine solche Massnahme tatsächlich spürbar kostenreduzierend sein könnte - im stationären Bereich (Spital) - fehlt dem Ständerat und der vorberatenden Kommission des Nationalrates leider der

politische Mut für einen vollständigen und raschen Systemwechsel Richtung Wettbewerb! Mit weiteren Massnahmen wird zusätzlich angestrebt, kinderreiche Familien zu entlasten! Gesamthaft gesehen zeigt sich schon heute, dass die Gesetzesrevision ein Flickwerk darstellt.

Einzige bürgerliche Alternative

Fakt ist, dass die SVP als einzige bürgerliche Partei der Bevölkerung eine Alternative zur zwangsorientierten Staatsmedizin der SP präsentiert hat, die SVP-Prämiensenkungsinitiative!

Der SVP-Vorschlag begnügt

sich nicht mit Pflasterlipolitik, sondern verlangt einen grundsätzlichen Umbau des Gesundheitswesens. Von den medizinischen Leistungserbringern und den Versicherern verlangt die Initiative vollständige Transparenz und schafft bei den Beteiligten eine effektive Wettbewerbssituation.

Bei den Spitälern soll die Subventionierung abgeschafft werden. Stattdessen sollen Spitäler für ihre Leistungen die Vollkosten verrechnen. Die bisher von den Kantonen und Gemeinden als Subventionen an die Spitäler ausgeschütteten Gelder würden neu direkt an die Versicherten ausgerichtet. Der Versicherte soll dadurch Leistungen und Preise nicht nur theoretisch, sondern tatsächlich vergleichen können. Bund und Kantone werden an den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen beteiligt, indem ihre Beiträge jährlich im gleichen Mass ansteigen müssen, wie die Gesundheitskosten real steigen. Der heute allumfassende Leistungskatalog der Pflegegrundversicherung, geprägt durch eine jahrelange SP-Einflussnahme im Departement des Innern, soll von überflüssigem Ballast entlastet werden. Ziel muss es sein, eine solide Grundversicherung von hoher Qualität zu bezahlbaren Prämien anzubieten.

Zwar haben verschiedenste bürgerliche Gesundheitspolitiker mittlerweile erkannt, dass das SVP-Volksbegehren tatsächlich einen gangbaren Weg darstellt, das Gesundheitswesen nachhaltig positiv zu beeinflussen. Verständlicherweise fällt es ihnen jedoch schwer, dies kurz vor den Parlamentswahlen im Oktober 2003 auch zuzugeben! ◀

Roland F. Borer,
Nationalrat, Kestholz (SO)

Bestellen Sie jetzt
Ihre Festkarte online
auf www.svp.ch

SVP kämpft für Schweizer Qualität!

Unter dem Motto „Schweizer Qualität“ zieht die SVP in die kommenden eidgenössischen Wahlen. Wir stehen ein für eine unabhängige und freie Schweiz, die ihre direkte Demokratie hoch hält. Wir lehnen den EU-Beitritt und seine Vorbereitung (Bilaterale II) ab. Wir kämpfen für weniger Steuern, Abgaben und Gebühren und für gesunde Finanzen. Der Staat muss endlich aufhören, immer neue Aufgaben zu übernehmen, die Steuern zu erhöhen und trotzdem Schulden zu machen. Unsere Wirtschaft muss wachsen und nicht der Staat. Und wir wollen mehr Sicherheit und weniger Verbrechen in unserem Land.

Schweizer Qualität bietet die SVP nicht nur in der Politik, sondern auch an ihrem traditionellen Parteifest in Holziken. Das Parteifest beginnt mit einem zwei-stündigen politischen Teil, der Spannung und klare Positionen verspricht. Im gemütlichen Teil gibt es ein feines Abendessen mit echt schweizerischer Unterhaltung. Natürlich gibt es in Holziken auch eine grosse Tombola mit attraktiven Preisen. Ans Parteifest sind alle Parteimitglieder und Sympathisanten herzlich eingeladen. Für 80 Franken bieten wir eine tolle Unterhaltung und ein gutes Essen, die Getränke sind ebenfalls inbegriffen. Bitte melden Sie sich mit unten stehendem Talon oder direkt bei Ihrem kantonalen Sekretariat an.

Wir freuen uns, Sie an unserem Parteifest in Holziken zu begrüssen!

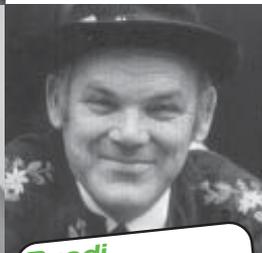
Qualité
suisse+

Nationalrat Ueli Maurer
Parteipräsident

Schweizer
Qualität+



Marianne
Cathomen



Ruedi
Rymann



Sutter &
Pfändler



Dani Felber
Big Band



Partyservice Gasthof
zum Schützen



Festkarten-Bestellung

Traditionelles SVP-Parteifest - Samstag, 23. August 2003 Reithalle Holziken (AG)

Ich bestelle (Anzahl) Festkarten à Fr. 80.--

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort: Kt:

Mitglied der Sektion:

Datum: Unterschrift:

Bitte diesen Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Brückfeldstrasse 18, Postfach, 3000 Bern 26 oder per Fax 031 301 75 85



Risiko

„Bei allem diesem Vorrat liegt eine Summe Geld im Hause für eigene und fremde Notfälle, die in manchem Herrenhause jahraus jahrein nicht zu finden wäre. ... Wenn ein Stück Land feil wird, das zum Hofe sich schickt, so wird es gekauft und bar bezahlt. Vater und Grossvater sind auch nie einem Menschen etwas schuldig geblieben, und was sie kauften, zahlten sie bar, und zwar mit eigenem Gelde.“ Die Sätze, die Jeremias Gotthelf fast an den Anfang seines Werkes „Geld und Geist“ gesetzt hat, haben schon zu ihrer Entstehungszeit vor anderthalb Jahrhunderten mehr ein Ideal als eine Realität umrissen. Zwar gibt es die Höfe, die über *mehrere* Jahrhunderte in den Händen derselben Familie geblieben sind, aber *sehr* zahlreich sind sie nicht. Die hohe gesellschaftliche Mobilität, die arbeitsteilige moderne Welt, der effiziente Einsatz des Kapitals dort, wo es Nutzen stiften kann, die rasche, weltweite Ver-

mittlung dieses Kapitals durch das Finanzsystem sind Rahmenbedingungen, ohne die der gegenwärtige Wohlstand unseres Landes und aller anderen wirtschaftlich erfolgreichen Länder undenkbar wäre.

Und doch lohnt es sich, wie immer, bei Gotthelf noch ein klein wenig zu verweilen. Im Grunde genommen lobt der Dichter eine Strategie der Vorsicht, der Begrenzung möglicher Risiken. Ein Brand *zum Beispiel* konnte eine Familie in ihrer Existenz treffen. Zwar war im Erscheinungsjahr von „Geld und Geist“, 1844, die 1806 als Provisorium gegründete bernische Brandversicherungsanstalt bereits seit zehn Jahren ein Definitivum geworden. Versicherungsobligatorium bestand jedoch *keines* und auch noch als, 1881, ein solches eingeführt wurde, betrug die Deckung der Gebäude nur 80% des Versicherungswertes. Es war deshalb 1844 selbst für Versicherte ein Gebot der Klugheit, stets einen recht grossen Barvorrat zu halten und keine Schulden - mit ihren erbarmungslosen Zins- und Amortisationsterminen - zu haben. Die Familien waren gezwungen, viele heute verringerte Risiken *ganz* zu tragen und mussten deshalb *andere*, volkswirtschaftlich produktive Risiken wie die Anlage von Geld in Anleihen oder Aktien, zu *vermeiden* trachten, um das Gesamtrisiko der Lebensgemeinschaft nicht unverantwortlich gross werden zu lassen.

Was heisst das für uns heute, in einer Phase, in welcher unsere Politik in verschiedenen Bereichen vom Gesundheitswesen über Energieproduktion und -verteilung bis zur Luftfahrt und zum Bankenwesen nach dem richtigen Gleichgewicht zwischen privaten und öffentlichen Risiken sucht? Vielleicht, dass es richtig wäre, bei der Verschiebung von Risiken jeweils sehr genau und systematisch die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Folgen zu überdenken, welche die dadurch ausgelöste Veränderung des Verhaltens haben könnte. Dass wir *nach* einer solchen Beurteilung in unserem weiteren politischen Handeln stets von der grösstmöglichen Eigenverantwortung ausgehen werden, versteht sich, von der Eigenverantwortung der Kantone, der Gemeinden, der Familien, der einzelnen Menschen, der Firmen, von uns allen. ◀

Bundesrat Samuel Schmid

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich den aktuellen SVPja-Inseratetarif!

Telefon 031 302 58 58 oder svpja@svp.ch

Nicht vergessen!

Nationale SVP-Begegnungen
Freitag, 19. September 2003

Rencontres Nationales UDC
Vendredi 19 septembre 2003

Montreux (VD)

Bestellen Sie jetzt auf Ihrem kantonalen
Sekretariat Ihre Festkarte für das
grosse SVP-Parteifest in der Romandie.
Achtung: Die Platzzahl ist beschränkt!



Für eine sichere, wirtschaftliche und unabhängige Energieversorgung

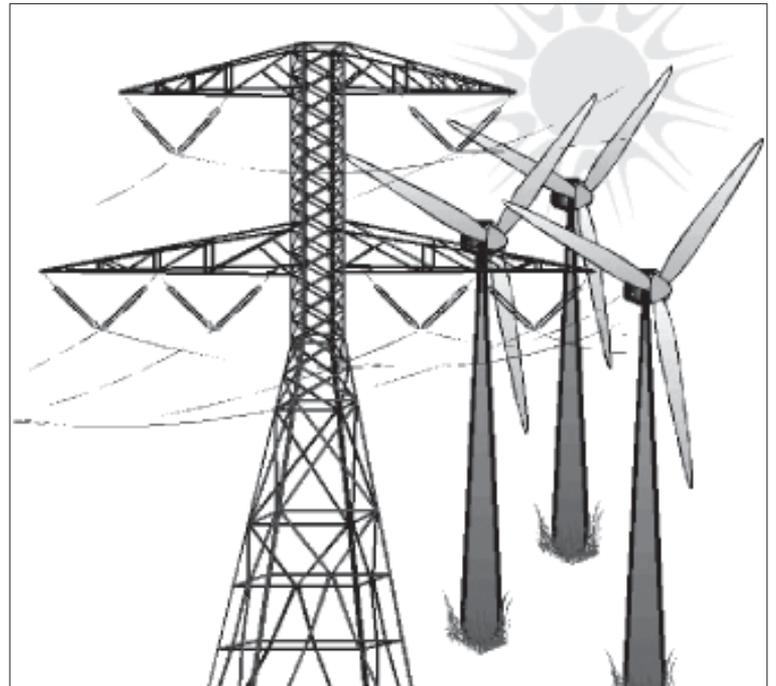
(SVP) Die SVP hat am 27. Mai in einem neuen Positionspapier eine energiepolitische Standortbestimmung präsentiert. Insbesondere fordert die SVP den Bundesrat zu einem beschleunigten Vorgehen bei der Strommarktöffnung, zu einem Verzicht auf die CO₂-Abgabe und zur ersatzlosen Aufhebung von EnergieSchweiz auf.

Das Schweizer Volk hat am 18. Mai einen energiepolitischen Grundsatzentscheid gefällt. Es hat sich gegen Experimente mit unsicherem Ausgang, gegen eine vermehrte Auslandsabhängigkeit, für die Beibehaltung der freien Wahl der Energieträger und damit für eine kostengünstige Energieversorgung ausgesprochen. Auf diesen Prinzipien basiert das neue Positionspapier der SVP Schweiz „Schweizer Energieversorgung - sicher, wirtschaftlich, unabhängig“.

Die SVP fordert darin vom Staat grösste Zurückhaltung bei Eingriffen in den Energiemarkt. Monopole sind kein

Mittel zur Erreichung der von der SVP angestrebten Ziele. Die Neuauflage des EMG ist - unter Berücksichtigung der Gründe, die zum Scheitern in der Volksabstimmung geführt haben - gegenüber dem bundesrätlichen Fahrplan zu beschleunigen. Unsere Wirtschaft und insbesondere die KMU sind darauf angewiesen, gleichzeitig wie ihre Konkurrenz aus der EU - also ab 2007 - Zugang zu einem geöffneten Energiemarkt zu haben.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird durch Energiesteuern und teure staatliche Projekte zur Beeinflussung des Energiekonsums geschwächt.



Die SVP fordert daher vom Bundesrat den Verzicht auf die CO₂-Abgabe. Diese würde energieintensive Betriebe ins Ausland vertreiben und zu einem unerwünschten Benzintourismus ins Ausland mit entsprechenden Ertragsausfällen bei der Mineralölsteuer führen. Für das Programm

EnergieSchweiz sieht die SVP weder eine Berechtigung noch einen Anlass. Unter dem wachsenden Druck hoher Bundesdefizite ist es schnellstmöglich und ersatzlos aufzuheben. Das Positionspapier ist herunterzuladen bzw. zu bestellen unter www.svp.ch. ◀

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--	
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--	
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--	
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50	
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--	
..... Expl. Tischuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--	



Fr. 20.--

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch



Linken Begehrlichkeiten den Riegel schieben

Die Linke in unserem Land fuhrwerk, dass es einem grauen kann. Unablässig bombardieren Sozialisten, Kommunisten und Grüne uns mit immer neuen Forderungen.

- ▶ Die Linke will den Staat weiter aufblähen.
- ▶ Die Linke will zentralisieren und kontrollieren.
- ▶ Die Linke will die längst unbezahlbaren Sozial-, Gesundheits- und Altersleistungen weiter ausbauen.

Am 18. Mai hat das Volk unmissverständlich klar gemacht, dass es von all diesen Forderungen nichts wissen will.

Linke Kreise wollten unser Gesundheitswesen verstaatlichen, Unternehmer, Eigentümer und letztlich alle Bürgerinnen und Bürger neuen Zwängen und Bevormundungen unterstellen. Und wie wenn dem noch nicht genug gewesen wäre, wollte man uns auch noch in der Energieversorgung vom Ausland abhängig machen.

Masslos

Besonders masslos verhält sich die Linke und mit ihnen ein paar verirrte Bürgerliche in Sachen Sozialwerke. Im Rahmen der 11. AHV-Revision will das Parlament bereits wieder die Mehrwertsteuer um ein weiteres Prozent erhöhen und Frühpensionierungen sozial abfedern. Der ausufernden Invalidenversicherung soll ebenfalls mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.8 % unter die Arme gegriffen werden. Dies reiche nicht, wird gerufen. Die Forderungen waren sowohl bei der AHV als auch bei der IV noch wesentlich höher. Die IV-Chefin wundert sich derweil über

die starke Zunahme junger IV-Rentner. Offensichtlich kommt sie nicht auf die Idee, dass der Missbrauch blüht wie noch nie.

Rundum beklagen alle die düsteren langfristigen Perspektiven unserer Sozialwerke, aber nur schon um kleine Korrekturen in der aktuellen Situation foutiert man sich. Die Erträge aus den überschüssigen Goldreserven wollten unsere politischen Konkurrenten nicht im AHV-Fonds, und jetzt wird gross über die gefährdeten Sozialwerke geklagt. Wir von der SVP wollen keine Steuererhöhungen und wissen, dass wir sowohl kurzfristig als auch längerfristig den Gürtel enger schnallen müssen. Es geht nicht an, dass die arbeitende Bevölkerung unter der Soziallast zusammenbricht, ohne die Aussicht zu haben, je selber in den Genuss sicherer Renten zu kommen.

Diskussion lanciert

Wenn Bundesrat Couchepin Vorschläge zu den längerfristigen Perspektiven der Sozialwerke macht, so kann man sich vielleicht wundern, warum er das gerade jetzt tut. Er lanciert damit aber auf jeden Fall eine Diskussion neu, die unter Bundesrätin Dreifuss 10 Jahre lang totgeschwiegen wurde. Und dies ist zu begrüssen. Wir müssen offen sein, über alle möglichen Varianten betreffend der zukünftigen Sicherung der Sozialwerke zu reden. Die Lösungsvorschläge unserer politischen

Konkurrenten beschränken sich nämlich auf 5 bis 7%ige Mehrwertsteuererhöhungen. Da machen wir nicht mit.

Zwei Konzepte zur Wahl

Im Herbst sind bekanntlich eidgenössische Wahlen. Die Bevölkerung hat zwischen zwei Konzepten zu wählen. Zwischen den Konzepten der staatsgläubigen Linken und der freiheitlichen Rechten. Bei der politischen Mitte sind die Konturen leider zu sehr verwischt, als dass man genau wüsste, welchem Konzept man die anderen Parteien zuordnen könnte.

- ▶ Wer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren will, wählt SP
- ▶ Wer die Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes aufs Spiel setzen will, wählt SP
- ▶ Wer mehr Staat, mehr Zwang und mehr Bevormundung will, wählt SP.

Demgegenüber gibt es ein anderes Konzept:

- ▶ Wer weniger Steuern, Abgaben und Gebühren will, wählt SVP
- ▶ Wer weniger Asylsuchende und eine konsequente Bekämpfung der Missbräuche will, wählt SVP
- ▶ Wer für ein unabhängiges, neutrales und sicheres Land einsteht, wählt SVP
- ▶ Wer einen schlanken Staat, weniger Zwang und weniger Bevormundung will, wählt SVP

Es ist in der momentanen Politik ungemein populär, mit immer neuen Ansprüchen an den Staat zu gelangen. So macht es die SP und so ma-

chen es Softie - Bürgerliche leider nur allzu oft. Und zwar auf jeder Ebene unseres Staatswesens.

- ▶ Die Sozialleistungen werden trotz anderer Beteuerungen weiter ausgebaut (Mutterschaftsversicherung, AHV, IV, 2. Säule etc.)
- ▶ Es werden milliarden-schwere Sündenfälle begangen (Expo, Swissair usw.)
- ▶ Der Staat erschliesst sich immer neue Betätigungsfelder (Anstossfinanzierung für Kinderkrippen, Mittagstische, Tagesstrukturen an Schulen)
- ▶ Der Staat gibt für gewisse Tätigkeiten Geld aus, auf die er gänzlich verzichten könnte (Luchs/Wolf Konzept, Gleichstellungsbüros, Verkehrshindernisse unter dem Vorwand der Verkehrsberuhigung etc.)

Wer so einen Staat will, muss ihn auch finanzieren. Wir haben aber andere Grundsätze, nach denen wir unsere Politik ausrichten.

- ▶ Wir halten freiheitliche und liberale Werte hoch
- ▶ Unser Bestreben ist es, für uns persönlich Verantwortung zu übernehmen
- ▶ Wir stehen ein für eine selbstbewusste und souveräne Schweiz
- ▶ Wir politisieren nicht egoistisch und wahren den Blick fürs Ganze

Würden sich alle Schweizer Politikerinnen und Politiker diese Grundsätze zu Herzen nehmen, wären die Voraussetzungen für die Zukunft unseres Landes hervorragend. ◀

Nationalrat Toni Brunner,
Vize-Präsident SVP Schweiz
Ebnat-Kappel (SG)

Weiterhin MWST-Sondersatz für Ferienland Schweiz!

Der Tourismus bringt Einkommen und sichert Arbeitsplätze. Sein ausgesprochener Exportcharakter und die ausländischen Wettbewerbsvorteile wirken sich dabei negativ aus. Die Tourismuswirtschaft benötigt in erster Linie unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen, d.h. weniger Steuern, weniger Abgaben und weniger Bürokratie. Sie ist jedoch auch auf eine geeignete Exportförderung durch den Bund angewiesen.

Mit dem Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen wird die Beherbergung als Rückgrat des Tourismus gestärkt. Die SVP hat die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus erkannt und setzt sich gegen die Absichten des Bundesrats ein, den Mehrwertsteuer-Sondersatz Ende 2006 definitiv abzuschaffen.

Ausgangslage

Die Bundesverfassung gibt dem Bund die Kompetenz, für im Inland erbrachte Tourismusleistungen im Gesetz einen tieferen Mehrwertsteuer-Sondersatz festzulegen. Vorausgesetzt wird, dass diese Dienstleistungen in einem erheblichen Ausmass durch Ausländerinnen und Ausländer konsumiert werden und dass der Sondersatz zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus erforderlich ist. Der heute geltende Sondersatz von 3,6 % ist bis 31.12.2006 befristet. Im Rahmen der neuen Finanzordnung will der Bundesrat diesen Sondersatz definitiv aufheben.

Der Exportcharakter der Beherbergungsleistungen

Der Tourismus ist eine ausgesprochene Exportbranche. Rund 57 % der Umsätze im Tourismus werden von ausländischen Gästen in der

Schweiz generiert. Die bestehenden, branchenunabhängigen Exportförderungsinstrumente, wie Exportrisikogarantie und OSEC, nützen dem Tourismus wenig, da die touristischen Dienstleistungen von den ausländischen Gästen im Inland konsumiert werden müssen. Der Mehrwertsteuer-Sondersatz ist deshalb ein geeignetes fiskalisches Instrument der preislichen Exportförderung.

Die ausländischen Konkurrenzvorteile

12 von 15 EU-Ländern kennen einen gegenüber dem Normalsatz reduzierten Sondersatz für die Beherbergung. Dieser befindet sich in der Regel bei 50 % des Normalsatzes oder knapp darunter. Zwar liegt der absolute Mehrwertsteuersatz in der Schweiz niedriger als in den touristischen Konkurrenzländern. Direkte Vergleiche der Satzhöhe zwischen den Ländern sind jedoch irreführend, da das Verhältnis zwischen indirekten und direkten Steuern mitberücksichtigt werden muss. Wie in den umliegenden Ländern ist es auch in der Schweiz zwingend, die Möglichkeit eines Mehrwertsteuer-Sondersatzes weiterhin vorzusehen.

Die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit

Die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer

Tourismus zeigt sich nicht zuletzt in einem starken Rückgang der Anzahl Logiernächte, vor allem von ausländischen Gästen. Die Gründe dafür sind vielfältig. U.a. wirkt sich die Rezession in den wichtigsten Herkunftsländern aus. Auch das hohe Preisniveau in der Schweiz mit überdurchschnittlichen Personal-, Lebensmittel- und Energiekosten trägt zum Umsatzrückgang bei. Da der standortgebundene Tourismus nicht wie andere Branchen auf günstigere ausländische Ressourcen zurückgreifen kann, ist er auf eine inländische Produktion angewiesen. Mit der Weiterführung der Möglichkeit eines Mehrwertsteuer-Sondersatzes kann die Beherbergung in begründeten Fällen weiterhin verbilligt und die exogenen Preiseinflüsse können kompensiert werden.

Massnahme zur Vermeidung volkswirtschaftlicher Verluste

Die Beherbergung ist das Rückgrat des Schweizer Tourismus. Über die Beherbergung werden in zahlreichen anderen Branchen Umsätze in Millionenhöhe ausgelöst. Ein weiterer Rückgang der Logiernächte würde deshalb nicht nur den Tourismus, sondern auch die von ihr abhängige Zulieferindustrie gerade in Rand- und Bergregionen schwächen. Der Tourismus ist in wirtschaftlich schwachen



► Judith Renner-Bach, Direktorin des Schweizer Tourismusverbandes und Vizepräsidentin der SVP Kanton Bern

Regionen eine wichtige Erwerbsquelle. Der Mehrwertsteuer-Sondersatz ist deshalb auch ein regionalpolitisch wirksames Instrument, das im Interesse von besseren Rahmenbedingungen eingesetzt werden muss.

Keine Steuererhöhung und kein Griff in die angeschlagene Bundeskasse

Die Abschaffung des geltenden Sondersatzes würde einerseits zu einer weiteren Verteuerung der touristischen Dienstleistungen und andererseits zu Mehreinnahmen für den Bund von rund 150 Mio. Franken pro Jahr führen. Damit würde die Staatsquote weiter steigen, was aus Sicht der SVP nicht akzeptiert werden darf. ◀

Wahlkampf im Bundeshaus

Die bevorstehenden Wahlen bringen eine besondere Dynamik unter die Bundeshauskuppel. Die Traktandenliste des Nationalrats zeigt es überdeutlich: Wenige grosse Geschäfte und viele persönliche Vorstösse.

Der nahende Wahlherbst führt dazu, dass grosse Geschäfte in den Kommissionen möglichst verschleppt werden, um der SVP keine Plattform für ihre Forderungen zu geben. So kommen möglicherweise weder das Asylgesetz noch das Ausländergesetz vor der Wintersession in den Rat! Andere Geschäfte wiederum werden auf Grund der Wahlen unheimlich vorsichtig angegangen, so die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA). Dafür werden die akuten aktuellen Probleme umso lautstärker diskutiert, denn diesen gilt auch die ganze Aufmerksamkeit der Medien.

Altersvorsorge bereitet Sorgen

Im Zentrum der Debatten steht mit der in der Differenzbereinigung befindlichen 11. AHV- und der 1. BVG-Revision die Altersvorsorge. Für die

SVP steht in diesem Zusammenhang insbesondere die Problematik der zunehmenden Invalidisierung der Gesellschaft im Vordergrund. Diese bedroht unsere Sozialwerke besonders stark. Die IV ertrinkt in den Defiziten, und in der 2. Säule, die ebenfalls Invalidenrenten ausrichtet, müssen wegen der starken Zunahme der IV-Rentner die Beiträge erhöht werden. Die Anzahl IV-Rentner ist seit 1990 von 160'000 auf 260'000 gestiegen. Durch diese Entwicklung wird auch die 2. Säule, welche die Entscheide der IV-Stellen nachvollziehen muss, massiv belastet.

Will man der finanziellen Misere in der IV und dem BVG beikommen, ist bei den Ursachen für die steigenden Bezugsumsätze anzusetzen. Die Ursachen für die Invalidisierung sind im wachsenden Missbrauch der gesetzlichen Grundlagen als Weg zum früh-

zeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu finden. Dies zeigen insbesondere die kantonalen Unterschiede: In Kantonen mit vielen Ärzten und Psychologen ist die Zahl der IV-Bezüger besonders hoch. Auch der Ausländeranteil soll bei den Bezüger überproportional sein. Die SVP stellt deshalb dem Bundesrat verschiedene Fragen zu diesen Fakten und forderte entsprechende Massnahmen (vgl. Kasten). Zudem behandelt die Fraktion das Thema Sozialwerke in einer zweiten Sitzung als Schwerpunkt. Ziel muss es sein, die Altersvorsorge zu sichern, d.h. Missbrauch zu bekämpfen, auf einen Ausbau zu verzichten und Steuererhöhungen zu verhindern.

G8-Chaoten sind zur Rechenschaft zu ziehen

Für berechtigten Ärger und entsprechende Diskussionen sorgten die Demonstrationen rund um den G8-Gipfel in Evian. Zum einen hatte sich der Bundesrat wenig selbstbewusst und noch weniger vorausschauend gezeigt, als



► Alike M. Panayides
stv. Generalsekretärin

Frankreich seine Absichten kundtat, den Gipfel in unmittelbarer Nähe der Schweiz durchzuführen. Zum anderen ist es ein Armutszeugnis für die innere Sicherheit der Schweiz, dass die Hilfe des nördlichen Nachbarn in Anspruch genommen werden musste. Mit Recht stellte die SVP-Fraktion, aber auch SVP-Nationalrat Walter Glur (AG) in einer Interpellation dem Bundesrat eine Reihe kritischer Fragen. Die massiven Sachbeschädigungen und Plünderungen der Chaoten waren voraussehbar. Man hätte es gar nicht so weit kommen lassen dürfen. Es ist an der Zeit, endlich mit aller Härte gegen solche Delikte vorzugehen. Es geht nicht an, dass unter dem Deckmantel der so genannten Anti-Globalisierungsbewegung derartiger Vandalismus einfach als Kavaliersdelikt abgetan wird.

Spannende Drogen-Debatte

Gespannt darf man auf die nationalrätliche Debatte am 17. Juni zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes sein. Waren vor einiger Zeit die Gegner der Cannabis-Legalisierung noch in der Minderheit und vor allem in der Romandie zu finden, setzt sich nun langsam doch die Erkenntnis durch, dass Haschisch-Konsum nicht so harmlos ist, wie man lange glaubte. Die erschreckenden Nachrichten über bekiffte Schulkinder haben offenbar endlich aufgerüttelt. ◀

Auszug aus der eingereichten Interpellation der SVP zum BVG:

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass das BVG auch durch den ständig höheren Invalidisierungsgrad belastet wird? Liegen ihm dazu Zahlen vor, insbesondere über die Anzahl Personen und die Höhe der ausgerichteten Zahlungen für

- schweizerische und in der Schweiz wohnhafte Rentenbezüger/innen
- schweizerische und im Ausland wohnhafte Rentenbezüger/innen
- ausländische und in der Schweiz wohnhafte Rentenbezüger/innen
- ausländische und im Ausland wohnhafte Rentenbezüger/innen

Teilt er die Meinung, dass insbesondere für Rentenbezüger aus Nicht-EU-Staaten, die ihre Renten im Ausland beziehen, strengere Rahmenbedingungen zu setzen sind, namentlich

- Festlegung einer Mindestanzahl von Aufenthalts- und Beitragsjahren als Voraussetzung für einen Rentenbezug
- Befristete Auszahlung und Anpassung der Renten an die lokale Kaufkraft bei Wegzug ins Ausland
- Beschränkung der Abgeltung von Eingliederungsmassnahmen auf Leistungen in der Schweiz

SVP - mit dem Volk verbunden!

Sie läuft bereits seit anfangs April: die Telefonaktion der SVP „Mit dem Volk verbunden“. Noch bis zu den Eidg. Wahlen vom 19. Oktober 2003 haben Sie jede Woche die Möglichkeit, einer Parlamentarierin bzw. einem Parlamentarier direkt am Telefon Ihre Fragen zu stellen. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit!

Am SVP Telefon im Juni/Juli:

- ▶ **Mittwoch, 18. Juni 2003**
NR Roland Borer (SO)
- ▶ **Mittwoch, 25. Juni 2003**
NR Peter Spuhler (TG)
- ▶ **Mittwoch, 2. Juli 2003**
NR Josef Kunz (LU)
- ▶ **Mittwoch, 9. Juli 2003**
NR Simon Schenk (BE)
- ▶ **Mittwoch, 16. Juli 2003**
NR Ernst Schibli (ZH)
- ▶ **Mittwoch, 23. Juli 2003**
NR Walter Glur (AG)
- ▶ **Mittwoch, 30. Juli 2003**
NR Hanspeter Seiler (BE)

Die SVP Nummer: 031 302 04 09

Die Leitung ist jeweils mittwochs von 17.00 - 19.00 Uhr offen.

Kurzmeldungen



Kanton Graubünden

Bei den Wahlen in den Bündner Grossen Rat hat die SVP ihre 33 Sitze verteidigt. Nachdem die FDP auch in Graubünden Sitze eingebüsst hat, ist die SVP neu hinter der CVP zweitstärkste Partei. Kantonalpräsidentin Barbara Janom Steiner wurde neu in den Grossen Rat gewählt.



Kanton Thurgau

Im Gemeinderat von Frauenfeld hat die SVP ihre Stellung ausgebaut und einen Sitz gewonnen. Sie hat somit innert acht Jahren ihre Sitzzahl beinahe verdoppelt. Ebenfalls zugelegt hat die SVP in Weinfelden, wo sie zwei Sitze hinzugewann. In beiden Gemeinden ist die SVP mit Abstand stärkste politische Kraft.

Bestellen Sie Zusatzexemplare des SVPja für Ihren Wahlkampf!

Mit einer Verteilaktion des SVPja in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Amt/Bezirk unterstützen Sie Ihre persönliche Kampagne und die Kampagne Ihrer Sektion für die National- und Ständeratswahlen vom 19. Oktober. Die drei letzten Ausgaben vor den Wahlen werden am 31. Juli, am 29. August und am 30. September gedruckt.

Bestellungen müssen bis spätestens zwei Wochen vor Drucktermin beim Generalsekretariat eintreffen (glauser@svp.ch, Fax 031 301 75 85, Tel. 031 302 58 58).

Die Mindestbestellmenge ist 200 Stück, die Kosten betragen 15 Rappen pro Exemplar.

SVP-News jetzt auch über SMS

Die SVP verbreitet ab sofort und als erste Partei der Schweiz ihre Stellungnahmen auch per SMS. Sie bietet damit ihren überdurchschnittlich vielen jungen Wählern mit diesem innovativen und modernen Kommunikationsmittel einen noch besseren Service.

Die SVP nimmt regelmässig mit Pressecommuniqués zu aktuellen Fragen der eidgenössischen Politik Stellung. Bisher wurden diese über Fax an die Redaktionen und über Mail an alle Interessierten verschickt. Daneben werden die Informationen der SVP auch auf der Website www.svp.ch bekannt gemacht. Neu wird die SVP auf jedes Pressecommuniqué und auch weitere Informationen in Kurzform über SMS aufmerksam machen.

Die SVP erweitert mit diesem neuen Kommunikationsmittel ihren Kanal zur jungen Generation. Bereits 1999 war die SVP gemäss einer Nachwahlbefragung des GfS-Forschungsinstituts mit einem Wähleranteil von 27 % in der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen stärkste Partei. Sie liess damit insbesondere die FDP (14 %) und die CVP (14 %) hinter sich. Die SVP wurde somit von den unter 40-jährigen stärker als von den 40-



bis 65-jährigen (22 %) und von den über 66-jährigen (auch 22 %) gewählt.

Die Anmeldung zum SMS-Service erfolgt entweder über die Website www.svp.ch oder mit einem SMS mit dem Text

"SVP ON" an die Kurznummer 939. Der Dienst wird zweisprachig in deutsch und französisch angeboten. Zur Deckung der Unkosten wird pro SMS ein Beitrag von 40 Rappen verrechnet. ◀

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Nachruf für Dölf Kretz, Mitglied ZV (29.5.1949 - 10.5.2003)



1992 gründete Dölf Kretz mit sechs Gleichgesinnten die SVP Risch-Rotkreuz. Fortan engagierte er sich mit grosser Überzeugungskraft und viel Herzblut für die öffentlichen Anliegen der Gemeinde. Grosse Erfolge sind durch sein Mitwirken gelungen, so z.B. die Ablehnung der KVA-Fänn und der langjährige Kampf um die Erhaltung der Seeuferpromenade Bonas, sodass der Gemeinde Risch ein Juwel erhalten blieb.

1998 übernahm Dölf das Präsidium der SVP Risch-Rotkreuz und die Bevölkerung dankte ihm seine solide und selbstlose Basisarbeit bei den jeweiligen Wahlen mit zunehmendem Erfolg und ständig steigenden Mitgliederzahlen. An Abstimmungen ist Rotkreuz seit Jahren die wählerstärkste Sektion im Kanton. Auch im kantonalen Vorstand hat Dölf grossen Einsatz geleistet und wurde bald auch in den Zentralvorstand der SVP Schweiz gewählt.

Lieber Dölf, trotz all Deiner Erfolge bist Du ein ausserordentlich liebenswerter Mensch geblieben und warst immer da, wenn man Dich brauchte. Die Lücke, die Du hinterlässt, ist ein grosser Verlust für die SVP Risch-Rotkreuz, für die Kantonalpartei und die SVP Schweiz. Wir danken Dir für Deine grosse Arbeit und werden Dir ein ehrendes Andenken bewahren. ◀

Vorstand der SVP Risch-Rotkreuz

Nachruf für Manfred Meyer, Revisor



Am 17. Mai 2003 ist in Langenthal Grossrat Manfred Meyer, Revisor der SVP Schweiz, nach kurzer, unheilbarer Krankheit im 65. Lebensjahr gestorben.

Elf Jahre lang engagierte sich der aus dem Emmental stammende Manfred Meyer in der Gemeindepolitik Langenthals, zuerst im grossen, und dann während sieben Jahren im kleinen Gemeinderat. Seit 1990 war er Mitglied des Bernischen Grossen Rates, wo er sich vor allem als kompetenter Finanz- und Gesundheitspolitiker einen Namen machte. Als langjähriger Filialdirektor des Bankvereins wurde er 1998 mit der Geschäftsführung der neuen UBS Langenthal betraut. Auch in der Politik konnte er seine breite Berufserfahrung einbringen, so wurde er 1997 zum Präsidenten der Finanzkommission des Grossen Rates gewählt. Als langjähriges Mitglied der Spitalkommission und während zehn Jahren als Präsident des Regionalspitals Langenthals arbeitete er sich in sein zweites Fachgebiet ein.

Für Manfred Meyer waren die Vereine ein wichtiges Tätigkeitsgebiet. So engagierte sich der ehemalige Hochspringer bei der Organisation von Grossanlässen. So beim Eidgenössischen Schwingfest von 1983 oder beim Oberaargauischen Musiktag 1998, wo er sich um den Finanzbereich kümmerte. Politik war für ihn seriöse Arbeit und keine Show. Mit Manfred Meyer verlieren die SVP-Fraktion und der Grosse Rat einen positiv eingestellten Menschen, der die ihm gestellten Aufgaben engagiert anging und tatkräftig anpackte. Die SVP Kanton Bern wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ◀

Matthias Eggimann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, SVP Kanton Bern

Impressum SVPja

Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"



Die SVP Glarus feiert ihr 100jähriges Bestehen

Ende April feierten Polit-Prominenz, Mitglieder und geladene Gäste den runden Geburtstag der SVP-Kantonalpartei Glarus.



► Unterhielten sich blendend: (v.l.n.r.) Ueli Maurer, SVP-Parteipräsident, Peter Rothlin, Glarner SVP-Präsident und Ständerat This Jenny.

Peter Rothlin, Präsident der Glarner SVP, eröffnete den Abend mit einem kurzen Blick in die Zukunft der Partei und stellte das neue Leitbild vor. Rothlin nahm dabei Bezug auf das Thema Standortattraktivität des Kantons Glarus. Besonders ortsgebundene, heimatverbundene Glarner (Landwirte, Gewerbetreibende, Hauseigentümer usw.) sind auf eine initiative Steuerpolitik angewiesen, die ihnen das Überleben sichert. „Es gilt die Politik der SVP nach ihnen zu richten und in den nächsten drei Jahren Ergebnisse zu bewirken“, erklärte er.

Die Wurzeln der Glarner SVP

Die drei „SVP-Historiker“ alt Landrat Max Blumer, der ehemalige Parteipräsident der Glarner SVP Jacques Marti und alt Regierungsrat Kaspar Zimmermann gaben einen eindrucklichen Einblick in die

Anfänge der Kantonalpartei. Über 60 Stunden recherchierten sie und trugen Fakten zusammen. Heimwehglarner und -appenzeller gründeten 1838 in Genf den Grütliverein, der arbeiterpolitische Anliegen aufnahm und sich für die direkte Demokratie einsetzte. 1848 entstand die Glarner Sektion. 1901 gab es 17 Ortssektionen mit 444 Mitgliedern. Um 1902 entstand um Landammann Eduard Blumer eine kleinbürgerliche demokratische Bewegung: die Demokratische Partei des Kantons Glarus - die heutige Glarner SVP. 1920 schloss sich der Arbeiterbund an, 1927 der Grütliverein. 1928 wurde aus der Demokratischen Partei des Kantons Glarus die Demokratische und Arbeiterpartei des Kantons Glarus (DAP). Eindrucklich ist das Parteiprogramm der DAP vom 2. Februar 1930, welches unter anderem das Frauenstimmrecht postulierte! Am 22. September 1971 be-

kennt sich die Partei zu den Grundsätzen der Schweizerischen SVP, nennt sich aber Demokratische Volkspartei des Kantons Glarus (DVP). Erst sieben Jahre später wird aus der DVP die SVP. Jacques Marti präsentierte den Gästen eine detaillierte Statistik der Glarner SVP-Amtsträger, von der Gründung des Bundesstaates bis zum 29. März 1998. Daraus geht hervor, dass 42%

„Doch die Sprachkultur ist rauer und härter geworden“, stellte Zimmermann fest.

Werte, Köpfe und Themen

Als Höhepunkt galt das Referat von SVP-Präsident Ueli Maurer. „Mit einer grossen Ehrfurcht reiste ich ins Glarnerland“, gestand Maurer, „ist



► SVP-Historiker unter sich: (v.l.n.r.) Kaspar Zimmermann, alt Regierungsrat, Max Blumer, alt Landrat und Jacques Marti, ehem. Parteipräsident der Glarner SVP.

der Ständeräte, 29 % der Nationalräte, 26% der Landammänner und 32% der Regierungsräte der heute 100 jährigen Partei angehörten. Kaspar Zimmermann referierte zum Thema „Politik und Erfolge“. Er zog Rückschlüsse von der Politik zur Parteifarbe „Grün“. Doch ob Bauernpartei oder Militärdepartement, auch eine Partei mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent stösst bei Andersdenkenden manchmal auf Missfallen und Kritik.

doch die Glarnerpartei gleichzeitig die älteste SVP-Kantonalpartei!“ In der heutigen Zeit müsse man mehr Zivilcourage zeigen und sich nicht scheuen vor Themen wie Asylrechtsmissbrauch und Überfremdung. Auch nach 100 Jahren habe die Partei die Aufgabe, Herkunft und Werte zu verteidigen, auch für die jüngeren Generationen sowie Themen und Probleme zu lösen, welche die breite Bevölkerung beschäftigen. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!



Neue Basler Kantonsverfassung definitiv im Eimer!

In der neuen Verfassung des Kantons Basel-Stadt soll das Ausländerstimm- und Wahlrecht eingeführt werden. Dies, obwohl das Basler Stimmvolk 1994 eine Initiative, die den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht verleihen wollte, mit 74 % Nein-Stimmen klar ablehnte. Der Verfassungsrat hat den Stolperstein für die neue Kantonsverfassung definitiv gesetzt. Die Basler SVP wird nicht mehr hinter dieser Verfassung stehen können.

Privilegierung der Ausländer

Die Trennung von Staatsangehörigkeitsrecht und politischen Rechten erscheint gekünstelt. Die politischen Rechte sind nicht irgendwelche Rechte, die man wie andere Rechte des Privat- oder öffentlichen Rechts auch Ausländern einräumt.

Die Kopplung von Staatsangehörigkeit und Aktivbürgerrecht, wie sie im modernen demokratischen Staat eingeführt wurde, hat ihre innere Begründung.

Eine Rechtsordnung, die Ausländern nach einer gewissen Wohnsitzdauer die politischen Rechte einräumt und damit über die Wahl der gesetzgebenden Körperschaft und anderer Behörden sowie in der Schweiz über zahllose Sachfragen entscheiden lässt, diese Ausländer aber zu Militär- oder zivilem Ersatzdienst und Zivilschutz nicht aufbietet, ihnen im Ausland keinen Schutz gewährt, sie unter gewissen Voraussetzungen allenfalls des Landes verweist usw., ist widersprüchlich. Dies privilegiert die Ausländer gegenüber den Schweizerbürgern und ist deshalb abzulehnen.

Eine Teilnahme am politi-

schen Entscheidungsprozess gibt es für Schweizer weder in der EU noch in anderen Ländern.

Machtzuwachs für Fremdkulturelle

Das Ausländerstimmrecht wird die politischen Machtverhältnisse zu Ungunsten der Schweizer nachhaltig verändern. Es wird verschwiegen, dass der Anteil der niedergelassenen Ausländer aus fremden Kulturkreisen stetig wächst. Diese wären aber mit der neuen Verfassung die Wähler und die Gewählten von morgen. Im Kanton Basel-Stadt beträgt der gesamte Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung ca. 30 %. In gewissen Quartieren sind die Ausländer bereits in der Mehrheit.

Eine Minorisierung der Schweizer durch die Ausländer ist, bei der heutigen Bevölkerungsentwicklung des Kantons Basel-Stadt, langfristig gesehen keine unrealistische Entwicklung.

Mit dem Ausländerstimm- und Wahlrecht werden fremdkulturelle radikale Gruppierungen in die Parlamente einziehen und im Verbund mit links-grünen Parteien ihre politische Visionen durchsetzen können.

Gnuusch im CVP-Fadenkörbli

Die Verantwortung für die Einführung des Ausländerstimm- und Wahlrechts trägt die siebenköpfige CVP-Fraktion des Verfassungsrates. War diese im Januar 2001 noch gegen das Ausländerstimmrecht gewesen, stimmte sie jetzt dem Vorschlag der Linken geschlossen zu. Ein typischer CVP-Schwenker, den ich nicht weiter kommentieren will.

Das Ausländerstimmrecht vernichtet echte Integrationsbemühungen

Nach dem Willen des Verfassungsrates sollen Ausländer, welche die Bedingungen der Einbürgerung erfüllen, das Stimm- und Wahlrecht beantragen können. Ein Blick auf die Einbürgerungsverfahren weckt aber bei mir den begründeten Verdacht, dass heute inflationär eingebürgert wird. Da echte Integration leider bereits jetzt kleingeschrieben wird, wird es in Zukunft praktisch genügen, lediglich eine Niederlassungsbewilligung zu besitzen, um in den Genuss des Stimm- und Wahlrechts zu gelangen.

Diese Befürchtung ist umso berechtigter, als im Rahmen des sogenannten Gesamtsprachenkonzepts geplant wird, die Herkunftssprachen von Migrantenkinder im Schulunterricht einzuführen, was deren Verharren im angestammten Kulturkreis zementieren wird. Es wird also alles getan, um das Fremdkulturelle zu hätscheln. Die Einführung des Ausländerstimmrechts ist nichts als ein weiterer Schritt



► Angelika Zanolari, Präsidentin SVP Basel-Stadt, Grossrätin, Verfassungsrätin und Ständeratskandidatin

zur Auflösung gutschweizerischer Institutionen zu Lasten der Schweizer, diskriminiert aber auch diejenigen Ausländer, die nach echter und erfolgreicher Integration Schweizerbürger werden wollen.

Das Multi-Kulti-Gefasel der Linken und die Gutmenschenpolitik der CVP sowie einiger „bürgerlicher“ Paradiesvögel haben der neuen Kantonsverfassung mit der Aufnahme des Ausländerstimm- und Wahlrechts den Todesstoss gegeben. Einer solchen Kantonsverfassung wird die SVP nie zustimmen. ◀

SVP-News jetzt auch per SMS!

Senden Sie
„SVP ON“ an die
Kurznummer 939
(40Rp./SMS)



Abwanderung aus dem ländlichen Raum stoppen

In der Weltwoche Nr. 09/2003 erschien ein Artikel mit dem Titel „Alpabfahrt“. Der Bund wolle die Bergtäler entleeren und zu „Naturparks verwildern“ lassen. Die brisante Expertise werde wohlweislich unter Verschluss gehalten.

Der Bericht „Neue Regionalpolitik“ stelle den regionalen Ausgleich in Frage und stelle fest, dass eine „Abwanderung aus Problemregionen nicht generell als unerwünscht bezeichnet werden kann“. Auf eine erste Anfrage aus dem Parlament habe der neue Volkswirtschaftsminister Bundesrat Deiss nur ausweichend Antwort gegeben.

Für mich ist auch klar, dass man diesen Bericht nicht zu wörtlich nehmen darf. Die Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird. Der Tendenz zur Entsolidarisierung und zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum gilt es aber Einhalt zu gebieten.

Bauernfranken als Motor für den ländlichen Raum

Wirtschaftliche Träger, wenn leider auch mit einer nicht sehr hohen Wertschöpfung, sind im ländlichen Raum nach wie vor die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Gewerbebetrieben. Die Produzentenpreise für landwirtschaftliche Produkte wie Milch, Fleisch usw. dürfen nicht mehr sinken, wenn die Bauernfamilien überleben sollen.

Gute Bauernverdienste ermöglichen beispielsweise laufend neue Investitionen, welche unweigerlich ein höheres Auftragsvolumen für gewerb-

liche Branchen auslösen, so für Bauten in Haus und Hof, Einrichtungen, Maschinen und auch beim Kauf von privaten Gütern und gewerblichen Dienstleistungen. Tausende von Arbeitsplätzen hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab.

Die Direktzahlungen für die Pflege der wunderschönen Landschaften, die wir noch haben, dürfen nicht gekürzt werden. Die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft soll aus diesen Gründen nicht nur agrarisch, sondern in einem viel breiteren volkswirtschaftlichen Interesse politische Aufmerksamkeit finden.

Einheimische Nahrungsmittel

Ebenfalls entscheidend für die Zukunft einer ökologischen Schweizer Landwirtschaft sind das Einkaufsverhalten der Konsumenten wie auch deren Ernährungsgewohnheiten. Wer sich bewusster für gesundes, einheimisches Essen entscheidet, unterstützt nicht nur eine gute Zukunft der Bauern, sondern gleichzeitig auch die unbezahlbare Landschaftspflege und stärkt den ländlichen Raum gesamthaft.

Raumplanung anpassen

Handlungsbedarf sehe ich zudem in raumplanerischer Hinsicht auf eidgenössischer

Ebene. Es darf doch nicht sein, dass Ökonomiegebäude in der Landwirtschaftszone nicht vollständig in eine Wohn- oder Gewerbenutzung übergeführt werden können. Mit dieser Umnutzung kann der Entvölkerung entgegengewirkt werden, und zudem wird erst noch Auftragsvolumen und Steuersubstrat generiert. Wenn wir im ländlichen Raum nicht vermehrt Bauruinen und unbelebte Gebiete haben wollen, müssen wir Raumplanungsgesetz und Raumplanungsverordnung auf eidgenössischer Ebene in der vorgezeigten Richtung anpassen.

Denkmalpflege überdenken

Eine weitere Verbesserungsmöglichkeit sehe ich bei den denkmalpflegerischen Auflagen im ländlichen Raum. Der Denkmalschutz geht zu weit. Es ist richtig, sehr schöne Gebäude möglichst in der ursprünglichen Form zu erhalten. Dementsprechend soll aber auch bei der Finanzierung mitgeholfen werden. Der Schutzgedanke geht bei vielen Gebäuden eindeutig zu weit und behindert eine wirtschaftliche Weiterentwicklung zu stark.

Bessere Verkehrserschliessungen

Eine gute Verkehrsverbindung durch den öffentlichen Verkehr und vor allem durch ein gut ausgebautes Strassennetz ist von grosser Bedeutung. Für Pendler und für das Gewerbe hat das einen entscheidenden Einfluss. Ein paar Kilometer mehr spielt keine grosse Rolle, stundenlange Staus auf ungenügend ausgebauten Anschlussstrassen sind aber ent-



Kurzportrait

Balmer Walter, 1947, Ledi-strasse 3, 3204 Rosshäusern, verheiratet, zwei erwachsene Söhne, Meisterlandwirt, Grossrat, Präsident LOBAG, Präsident Hauseigentümergebiet Kanton Bern, Präsident Vereinigung Schweiz. Kartoffelproduzenten

scheidend. Sorgen wir für diese Verbindungen.

Lassen wir den Bauernfamilien, den Gewerblern und Unternehmern mehr Handlungsspielraum und schränken wir sie weniger ein. So werden sie sich den neuen Herausforderungen anpassen und sich weiterentwickeln können.

Das sind einige Ansätze und Rahmenbedingungen, die erfüllt sein müssen, damit sich der ländliche Raum nicht entvölkert. Wir müssen handeln, damit die eingangs erwähnte „Alpabfahrt“ nicht zur Tatsache wird. Die SVP ist für diese Anliegen der verlässlichste Partner. ◀



Steuererhöhungen führen in die Sackgasse **Standpunkt**

Zur Sanierung der AHV und der IV wollen National- und Ständerat die Mehrwertsteuer erhöhen. Damit werden die Einnahmen zwar kurzfristig steigen, doch mittel- und langfristig schwächen hohe Steuern unsere Wirtschaft, wodurch die Steuereinnahmen sinken. Die SVP macht hier nicht mit und lehnt jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.

FDP, CVP und SP sind sich einig, dass zur Deckung der Defizite von AHV und IV zuerst einmal die Mehrwertsteuer erhöht werden soll. Voraussichtlich im Februar 2004 werden wir über eine MWSt-Erhöhung um rund 2 % abstimmen müssen. Die SVP lehnt diesen Weg des geringsten Widerstandes ab. Die Politik macht es sich zu einfach, wenn sie die Steuern, Gebühren oder Abgaben erhöht. An die mittel- und langfristigen Konsequenzen denkt ausserhalb der SVP niemand.

Auf die Dauer sind hohe Steuern der Tod jeder freien Wirtschaft. Wem der Staat einen immer grösseren Teil seines Einkommens als Steuern wegnimmt, verliert die Motivation zu arbeiten. Weshalb noch ein Risiko eingehen und ein eigenes Unternehmen gründen, weshalb mehr Zeit und Kraft in die Arbeitsstelle stecken, weshalb eine aufwendige Weiterbildung machen, wenn vom finanziellen Erfolg kaum etwas übrig bleibt. Der Einzelne trägt das Risiko und hat die Arbeit, das Geld macht der Staat. Das geht nicht lange gut.

Seit einem Jahrzehnt wächst unsere Wirtschaft kaum noch. Seit dem letzten Winter stecken wir in einer Rezession. Dies äussert sich nicht zuletzt darin, dass die Steuereinnahmen zurückgehen. Im Jahr 2002 sind die Erträge aus der Mehrwertsteuer erstmals zurückgegangen - schlicht und einfach, weil die Leute in unserem Land weniger Geld für den Konsum übrig hatten. Wenn wir die Steuern weiter erhöhen, würgen wir die Wirtschaft noch mehr ab und kommen in eine Abwärtsspirale. Leider hat nur die SVP die Kraft, gegen diese zerstörerische Entwicklung anzutreten. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz



Fehlende Ernsthaftigkeit

Die Ereignisse und Umstände rund um den G8-Gipfel zeigen beispielhaft, wie heute in der Schweiz regiert und geführt wird: wenig ernsthaft, wenig vorausschauend und oft wenig durchdacht. Besonders bedenklich ist, dass offenbar einzelne Mitglieder der Landesregierung ihnen übertragene Aufgaben schlicht nicht wahrnehmen.

Es begann schon vor Monaten: Die Gespräche und Verhandlungen mit Frankreich wurden viel zu wenig ernst genommen, die Auswirkungen des G8-Gipfels massiv unterschätzt. Man verpasste es, rechtzeitig gute Lösungen zu finden.

Ein zweiter, gravierender Fehler war, Micheline Calmy-Rey das Präsidium des bundesrätlichen Sicherheitsausschusses zuzugestehen. Die unerfahrene neue Aussenministerin war dieser Aufgabe nicht gewachsen und nahm sie auch nicht ernst. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie im Vorfeld des G8-Gipfels eine völlig unnötige Reise nach Nordkorea antrat, statt sich um die Vorbereitungen zum Gipfel zu kümmern.

Die Ereignisse um den Gipfel lesen sich sodann wie ein schlechter Witz. Die Genfer Polizeidirektorin war nach eigenen Aussagen „überrascht“ vom Ausmass der Gewalt. Das deutsche Fernsehen berichtete ausführlich über die „Ausschreitungen in Evian“. Und die SP verkündete per Communiqué, leider seien grosse friedliche Demonstrationen der Linken nicht mehr möglich, weil diese immer durch Gewalttäter mit „faschistoider Gesinnung“ begleitet würden. Nun wissen wir es also: Die friedlichen Demonstranten waren Linke, die Vandalen natürlich Rechte. Den Vogel abgeschossen hat einmal mehr Ruth Metzler (ebenfalls Mitglied des bundesrätlichen Sicherheitsausschusses): Sie brachte es fertig, an Auffahrt - wo die ersten Demonstrationen begannen - in Richtung Maremma zu reisen, um auf der Insel Elba zwei Tage Tauchferien zu verbringen. Bravo.

Zum Schluss des Gipfels liess Calmy-Rey in den Medien verlauten: „Ja, der Gipfel stört mich“. Damit es einfach noch einmal gesagt sei: Die SVP-Fraktion hat sich bei der Bundesratswahl im Dezember 2002 der Stimme enthalten und Frau Calmy-Rey nicht gewählt. Mit gutem Grund.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär